



antisemitismus
meldestelle

Antisemitische Vorfälle 2023 in Österreich

ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE WIEN



Inhalt

1. Zusammenfassung	3
2. Kommentar	6
2. 1. Ein Jahr im Zeichen des 7. Oktober	6
2. 2. Veränderte Zusammensetzung der Vorfälle	6
2. 3. Neue Herausforderungen für Antisemitismusbekämpfung.....	7
2. 4. Anti-Israel-Agitation.....	9
2. 5. Antisemitismus im Bildungsbereich.....	11
2. 6. Antisemitismus abseits des 7. Oktober	13
3. Kategorisierung antisemitischer Vorfälle und Beispiele	14
3. 1. Angriff	14
3. 2. Bedrohung	15
3. 3. Sachbeschädigung	16
3. 4. Verletzendes Verhalten	17
3. 5. Massenzuschriften	18
4. Subkategorien	19
4. 1. Antisemitismus mit Coronabezug.....	19
4. 2. Israelbezogener Antisemitismus	19
4. 3. Antisemitische Verschwörungsmethoden.....	20
4. 4. Shoah-Relativierung/-Leugnung.....	20
5. Ideologischer Hintergrund	21
6. Methodik	22
6. 1. Arbeitsdefinition Antisemitismus	22
7. Blick ins Ausland	24
8. Gastkommentar	25
8. 1. Was ist „Antisemitismus“? Versuch einer Definition	25
8. 2. Über die politische und religiöse Legitimation von Judenhass	26



Den vollständigen Bericht, inklusive aller Verlinkungen und weiterer Informationen finden Sie auf [antisemitismus-meldestelle.at](https://www.antisemitismus-meldestelle.at)



Impressum

Herausgeber: Israelitische Kultusgemeinde Wien
1010 Vienna, Seitenstettengasse 4

Tel. +43/1/531 04-0
E-Mail: office@ikg-wien.at

Wien, 1. Auflage 2024

Der Bericht kann auf [antisemitismus-meldestelle.at](https://www.antisemitismus-meldestelle.at) heruntergeladen werden.

Redaktion: Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien
Layout & Lektorat: IKG Wien

Coverfoto: Ausgebrannter Vorräum der Zeremonienhalle am Jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofs IKG Wien

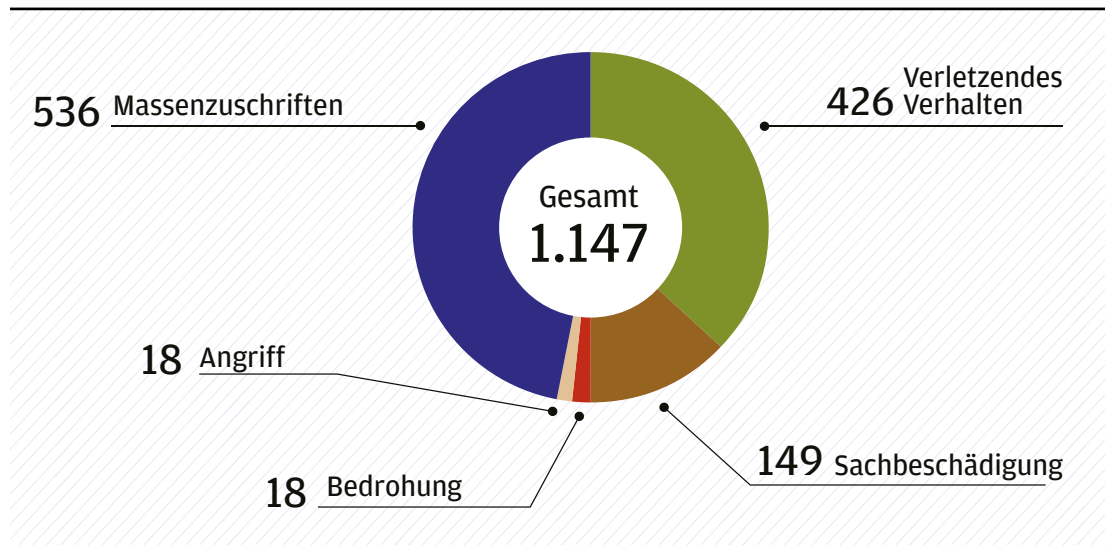
1. Zusammenfassung

Im Kalenderjahr 2023 hat die Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) insgesamt 1.147 antisemitische Vorfälle registriert. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr (719 Vorfälle) einem Anstieg um 59,5%, womit die Zahl der Vorfälle auch das bisherige Negativrekordjahr 2021 (965 Vorfälle) in den Schatten stellt. Geprägt war 2023 vom Großangriff palästinensischer Terrororganisationen auf Israel am 7. Oktober und dem explosionsartigen Anstieg von Antisemitismus weltweit in der Folge. Das genozidale Massaker stellt einen dramatischen Wendepunkt dar: Bis 6. Oktober sank die durchschnittliche Zahl der Meldungen pro Tag im Vergleich zu 2022 (1,97) auf 1,55. Für die Zeit von 7. Oktober bis 31. Dezember musste eine Verfünfachung auf 8,31 antisemitische Vorfälle pro Tag festgestellt werden.

Dieser Bericht ist keine gesamthafte Darstellung des Antisemitismus in Österreich. Es ist, wie bereits in den Vorjahren, von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, welche aufgrund der besonderen Umstände und Herausforderungen der letzten Monate ([siehe S. 6](#)) diesmal als weitaus größer anzunehmen ist als bisher. Gezählt werden ausschließlich antisemitische Vorfälle, die gemeldet wurden und die bei einer Prüfung durch die Expertinnen und Experten der Antisemitismus-Meldestelle gemäß der [IHRA-Definition](#) als eindeutig antisemitisch verifiziert wurden.

Die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird durch eine anerkannte und über Jahre hinweg in mittlerweile mehreren Ländern etablierte Kategorisierung gewährleistet ([siehe Abschnitt „Kategorisierung“ ab Seite 14](#)).

Antisemitische Vorfälle (gesamt)



Von den 1.147 Vorfällen waren:

18 physische Angriffe (2022: 14)

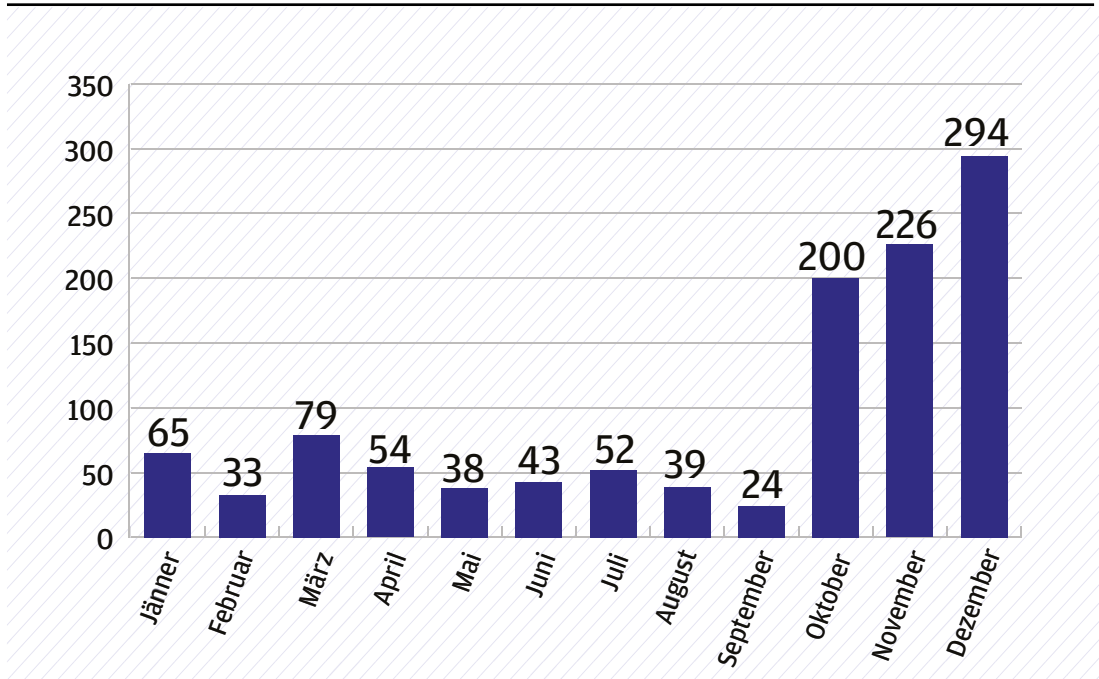
18 Bedrohungen (2022: 21)

149 Sachbeschädigungen (2022: 122)

536 Massenzuschriften (2022: 140)

426 Fälle von verletzendem Verhalten (2022: 422)

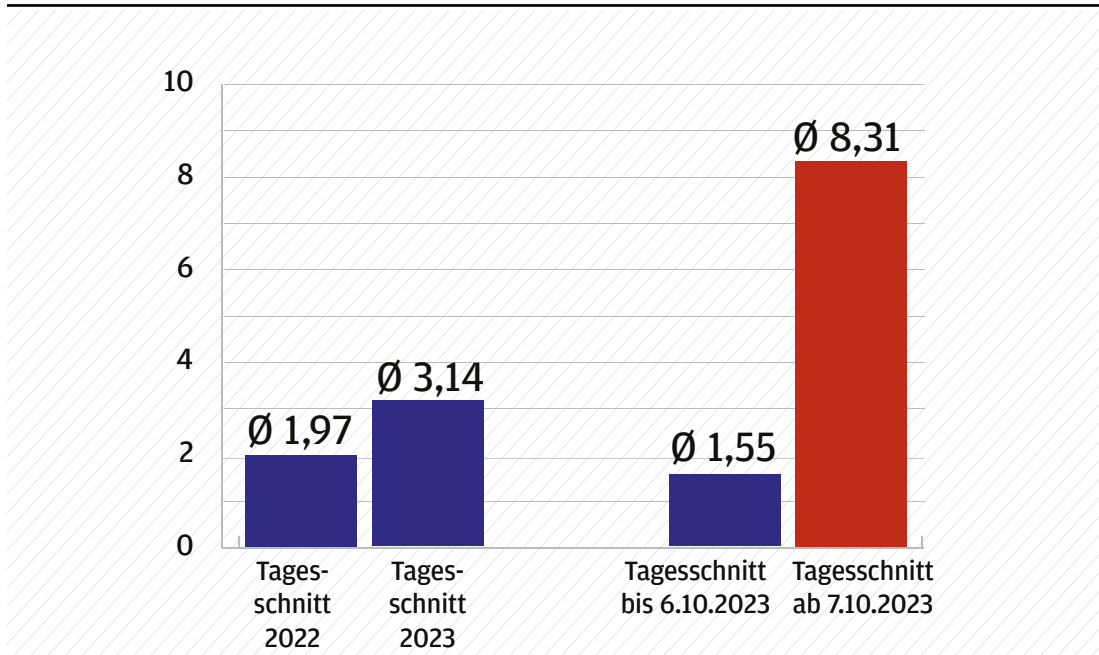
Vor Beginn des Gaza-Kriegs im Oktober waren nur die Monate Jänner (nach knapp drei Jahren der letzte Monat mit einer erhöhten Anzahl an Vorfällen mit Coronabezug) und März (Niederösterreichische Landtagswahlen bzw. Koalitionsbeteiligung der FPÖ) auffällig; die anderen Monate bewegten sich quantitativ im langjährigen monatlichen Durchschnitt beziehungsweise darunter. Im September wurde mit 24 Vorfällen gar der drittniedrigste Wert seit Bestehen der Meldestelle registriert ([Juli 2019 21 Vorfälle](#); [April 2020: 23 Vorfälle](#)).



Anders betrachtet: Vor dem 7. Oktober gab es durchschnittlich 1,55 Vorfälle pro Tag, also etwa 21 % weniger als der Durchschnittswert von 2022. 8,31 Vorfälle pro Tag ab dem 7. Oktober stellen mehr als eine Vervielfachung gegenüber dem Durchschnitt von 2022 dar (+ 322 %), beziehungsweise eine mehr als Verfünffachung gegenüber dem Tagesdurchschnitt im Zeitraum von 1. Jänner bis 7. Oktober (+ 436 %).

Nachdem 2022 die meisten Fälle nach „**persönlicher Wahrnehmung**“ gemeldet wurden, waren es diesmal jene Fälle, die ihren Ursprung in **sozialen Netzwerken** hatten. Letztere haben sich weitaus mehr als verdoppelt (von 212 auf 514), während erstere um etwas mehr als ein Viertel

Antisemitische Vorfälle: Durchschnittliche Meldefälle pro Tag

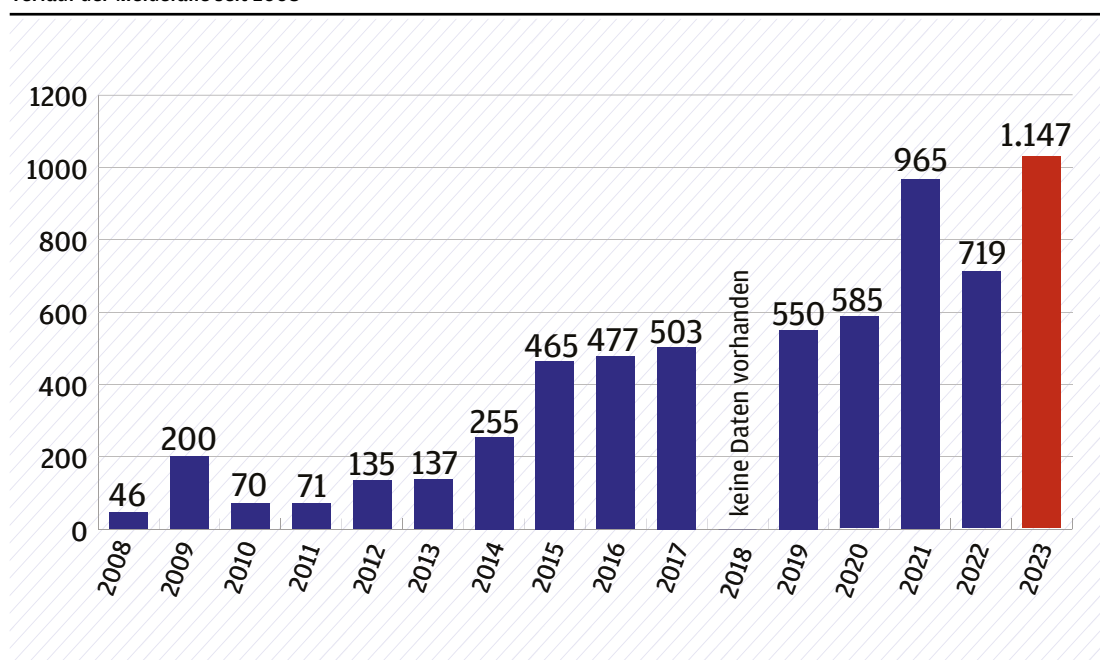


Links: Tagesdurchschnittswerte 2022 und 2023

Rechts: Tagesdurchschnittswerte vor und nach dem 7. Oktober

von 284 auf 360 anstiegen. Die Zahl **antisemitischer E-Mails** verdoppelte sich beinahe (von 90 auf 178), während die der restlichen Fälle im Onlinebereich von 83 Fällen auf 77 zurückging. Hierbei sei angemerkt, dass sich in Diskussionsforen oder Social-Media-Threads oftmals mehrere, teils dutzende antisemitische Kommentare finden können; sie werden dann dennoch immer nur als ein Vorfall in die Statistik aufgenommen. Auch **antisemitische Briefe** wurden seltener gemeldet; ihre Zahl sank von 39 im Jahr 2022 auf sieben im Jahr 2023. Die Zahl **antisemitischer Anrufe** hat sich hingegen von fünf auf zehn verdoppelt, während es statt zwei nur mehr einen Zeitungsartikel mit antisemitischem Inhalt zu verzeichnen gab. Im Gegensatz zu einem gemeldeten Vorfall im TV im Vorjahr wurde hier 2023 nichts registriert.

Verlauf der Meldefälle seit 2008



Verlauf der Zahl der Meldungen (*kein Bericht für das Jahr 2018)

2. Kommentar

2.1. Ein Jahr im Zeichen des 7. Oktober

Mehr als fünf Monate ist es nun her, dass palästinensische Terrororganisationen am Morgen des 7. Oktober 2023 unter Führung der Hamas einen vielschichtigen Großangriff auf Israel starteten und damit einen Krieg vom Zaun brachen, welcher bis heute andauert. Hauptbestandteil dieses Überfalls war – unter dem Deckmantel tausender auf Zivilisten in ganz Israel abgeschossenen Raketen – die minutiös geplante Invasion israelischen Staatsgebiets. Im Zuge dieser Invasion exekutierten Terrorkommandos systematisch als solche konzipierte, pogromartige Massaker in den umliegenden israelischen Gemeinden und bei einem Musikfestival. Mindestens 1.139 Menschen wurden auf teils grausame Weise ermordet – Alter, Geschlecht, Glauben oder Nationalität der Opfer spielten hierbei keine Rolle. Mehr als 200 Menschen wurden nach Gaza verschleppt, bis heute verbleiben mehr als 130 in den Fängen verschiedener Terrororganisationen in Gaza. Das Ausmaß der Bestialität wurde erst in den darauffolgenden Tagen klar, als nicht nur Details der sich teilweise als äußerst schwierig gestaltenden forensischen Untersuchungen an die Öffentlichkeit kamen, sondern auch von den palästinensischen Terroristen selbst aufgenommenes Filmmaterial, welches eine detailreiche Dokumentation der systematischen Gräueltaten an Zivilistinnen und Zivilisten in Israel, darunter massenhafte Vergewaltigungen und Verstümmelungen, zeigte.

Aus der Vergangenheit ist bekannt, dass jede Eskalation im palästinensisch-israelischen Konflikt automatisch zu einem Aufflammen des Antisemitismus weltweit führt. Im Mai 2021 registrierte die Antisemitismus-Meldestelle anlässlich der Raketenbeschüsse palästinensischer Terrororganisationen in Gaza auf Israel und der daraus resultierenden, elftägigen kriegerischen Auseinandersetzung einen sprunghaften Anstieg an antisemitischen Vorfällen in Österreich, welcher im [damaligen Jahresbericht](#) (z. B. S. 6) sowie im [vorangehenden Halbjahresbericht](#) eingehend behandelt wurde. Ein weiteres Beispiel ist der Krieg zwischen Hamas und Israel von Anfang 2009. Dieser hatte großen Einfluss auf die seinerzeitige Vervierfachung der antisemitischen Meldevorfälle in Österreich (siehe Diagramm auf S. 6).

2.2. Veränderte Zusammensetzung der Vorfälle

Im Gegensatz zu den Vorjahren kam es zu einigen Verschiebungen bei den Anteilen der Vorfallskategorien.

Angriffe stiegen im Vergleich zu 2022 abermals an (von 14 auf 18 Angriffe), erfreulicherweise nicht so stark, wie man aufgrund der Grundstimmung und der Vorkommnisse in anderen Ländern befürchten hätte können. Hier wie auch bei Bedrohungen kommt allerdings die im Bericht mehrfach angesprochene Dunkelzifferproblematik zum Tragen ([Siehe S. 8](#)).

Über die Ursachen hierfür lässt sich nur spekulieren, aber die Lage ist wohl auf eine Kombination mehrerer begünstigender Umstände zurückzuführen: unter anderem das entschiedene Auftreten der österreichischen Regierung beziehungsweise der österreichischen Politik insgesamt gegen die Terrorangriffe der Hamas, die resolute Art, mit der zahlreiche politische Vertreter und Körperschaften Antisemitismus entgegentraten, oder natürlich auch die ausgezeichnete Arbeit der Sicherheitskräfte beim Schutz jüdischen Lebens, traditionell in professioneller Zusammenarbeit mit der IKG. Nicht zuletzt der [mäßige Einfluss der Islamischen Glaubensgemeinschaft](#) dürfte dazu beigetragen haben, dass der Zustrom zu gewaltverherrlichenden Kundgebungen in Österreich quantitativ deutlich geringer ausfiel als etwa in Deutschland, Frankreich oder dem Vereinigten Königreich ([siehe „Blick ins Ausland“ S. 24](#)).

Erfreulich ist der entgegen dem allgemeinen Trend erfolgte Rückgang von registrierten Bedrohungen von 21 auf 18.

Die Zahl der dokumentierten Sachbeschädigungen stieg im Vergleich zur Gesamtzahl an Vorfällen relativ gering an (von 122 auf 149).

Die größte Veränderung gab es bei von der Antisemitismus-Meldestelle als Massenzuschriften kategorisierten Vorfällen (von 140 auf 536), was einer knappen Verdreifachung entspricht. Erstmals stellt diese Kategorie somit die höchste Zahl an Vorfällen dar. Dies ist besonders auf den explosionsartigen Anstieg der unterschiedlichen Formen von Hate Speech auf Social Media zurückzuführen, welcher in zahlreichen Fällen auch die Grenze zur Strafbarkeit überschritt – sei es beispielsweise in Form von Verherrlichung terroristischer Straftaten, Verhetzung oder Verstößen gegen das [\(mittlerweile novellierte\) Verbotsgesetz](#). Auf einige Charakteristika der sich exponentiell multiplizierten Verbreitungskanäle in dem Bereich soll an späterer Stelle eingegangen werden.

Fast unverändert blieb hingegen die Zahl der als Verletzendes Verhalten kategorisierten Fälle; sie stieg von 422 im Jahr 2022 auf 426, womit diese Kategorie erstmals nicht die zahlenstärkste ist.

2. 3. Neue Herausforderungen für Antisemitismusbearbeitung

Vorab muss festgehalten werden, dass das Team der Meldestelle bereits ab dem 7. Oktober die Dokumentation von Vorfällen kaum mehr bewältigen konnte. Die Priorität lag in der Betreuung der Betroffenen. Daher wurde ab dem 8. Oktober eine Triage eingeführt: Um die Unterstützung Betroffener nicht zu kompromittieren, mussten bezüglich der Dokumentation antisemitischer Vorfälle Kompromisse gemacht und akzeptiert werden, dass bis etwa Jänner 2024 nicht alle gemeldeten Vorfälle, insbesondere im Online-Bereich, in die Statistik aufgenommen wurden.

2. 3. 1. Enorme Zahl an Meldungen – enorme Dunkelziffer

Es gehört zum Wesen von Meldeberichten, dass nicht die Gesamtheit aller Vorfälle erfasst werden kann; Ziel ist es nichtsdestotrotz, ein möglichst umfassendes, repräsentatives Bild der Lage zu verschaffen – daher der Hinweis zu Beginn des Berichts, dass selbiger keine gesamthafte Darstellung des Antisemitismus ist.

Die vorliegende Statistik sieht sich jedoch für 2023 mit einer abnormal großen Dunkelziffer-Problematik konfrontiert, welche auf mehrere Faktoren zurückzuführen ist.

Neben der traditionellen Dunkelziffer nicht gemeldeter antisemitischer Vorfälle führte die Dimension des sprunghaften Anstiegs der Meldungen ab Oktober zu einer Vielzahl von Fällen, welche nicht bearbeitet werden konnten. Eingang in den Jahresbericht finden ausschließlich jene Vorfälle, die entsprechend der IHRA-Antisemitismusdefinition von den Expertinnen und Experten der Meldestelle auch als eindeutig antisemitisch verifiziert werden konnten ([siehe Seite 22](#)).

Hier ist auch zu beachten, dass analog zu früheren, teilweise ähnlich explosionsartigen Anstiegen des manifesten Antisemitismus der Anteil der beim Verifizierungsprozess als nicht antisemitisch bewerteten Meldungen überdurchschnittlich stark ansteigt, was das Arbeitsaufkommen noch einmal anwachsen lässt.

Befeuert wurde die enorme Dunkelziffer, welche sich in ihrem Ausmaß kaum abschätzen lässt, durch einen weiteren Umstand: Häufig wurden in der Medienberichterstattung spezifische antisemitische Vorfälle beschrieben, welche der Meldestelle bedauerlicherweise nie gemeldet wurden. Auch in persönlichen Gesprächen hörte man vielerorts von Übergriffen, welche eigentlich Teil des Bearbeitungsspektrums der Meldestelle sind. In einigen Fällen kann angenommen werden, dass Betroffene das niederschwellige Angebot der Antisemitismus-Meldestelle nicht bekannt war; in vielen Situationen überwiegen jedoch Zurückhaltung oder gar Angst, sich abermals mit einer im besten Fall unangenehmen, im schlimmsten Fall schwer traumatisierenden Erfahrung auseinanderzusetzen. Obgleich die Wichtigkeit der Meldung antisemitischer Vorfälle regelmäßig kommuniziert wird, gilt das primäre Augenmerk der Meldestelle der sachgerechten und professionellen Unterstützung von Betroffenen, diese können daher nur immer wieder dazu aufgerufen werden, vollkommen unabhängig von der Dokumentation von Vorfällen die entsprechenden, mannigfaltigen Unterstützungsangebote besonders im psychosozialen Bereich in Anspruch zu nehmen. Hierzu sei auch auf den [letzten Jahresbericht 2022](#) verwiesen, in welchem sich der Gastkommentar auf S. 21 mit ebendieser Thematik befasst.

2. 3. 2. Psychologische Ausnahmesituation

Die Zurückhaltung im Zusammenhang mit der Meldung von Vorfällen aus dem unmittelbaren persönlichen Umfeld ist nicht zuletzt auf ein Klima der Angst unter Jüdinnen und Juden nach dem 7. Oktober zurückzuführen. Auf der einen Seite herrschten tiefer Schock und Verunsicherung angesichts der minutiös geplanten, systematischen, quantitativ wie qualitativ beispiellosen Manifestation vernichtungsantisemitischer Mordlust bei palästinensischen Terrororganisationen. Andererseits vergingen nur wenige Stunden, bis Anti-Israel-Aktivistinnen und -Aktivisten online und auf offener Straße die Massaker feierten, sowie bereits gegen Israel protestierten. [In Wien tanzten Personen am Ballhausplatz](#) auf und neben dem Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz; kurze Zeit später fuhr ein mit palästinensischen Fahnen ausgestatteter Autokorso hupend durch den für seine überdurchschnittliche Präsenz jüdischer Bewohner bekannten 2. Wiener Gemeindebezirk.

Notiz am Rande: Von dieser psychologischen Belastung waren im Vergleich zu früheren Krisen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Meldestelle betroffen. Der Terror-Großangriff des 7. Oktober sowie die darauffolgenden Wochen gehen auch an sich täglich mit Antisemitismus auseinandersetzen Menschen nicht spurlos vorüber. Die zahlreichen Bilder, Berichte und Erzählungen über die Details der Gräueltaten setzten auch unserem Team zu. Zumindest indirekt – via Freunden, Bekannten oder Verwandten in Israel – sind große Teile der jüdischen Gemeinschaft in Österreich davon betroffen.

2. 3. 3. Antisemitismus und seine Anpassungsfähigkeit

Zu allem Überfluss kommt hinzu, dass Antisemitismus ein extrem anpassungsfähiges Phänomen ist; dies musste bereits während der Covid-Periode festgestellt werden, als sich jede Phase der Pandemie¹ ad hoc anderer Elemente des reichhaltigen Fundus dieses Jahrtausende alten Ressentiments zu bedienen wusste und es innerhalb kürzester Zeit zu adaptieren verstand. Hierbei herrscht naturgemäß eine Wechselseitigkeit, denn auch Antisemitismus sucht sich immer neue Denk- und Ausdrucksformen, wobei er in Phasen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder

¹ Diese Phasen können unterteilt werden in: Ausbruch; Lockdowns; Pandemie-Maßnahmen allgemein; Impfstoff-Entwicklung; Israels Vorreiterrolle bei der breitflächigen Impfung; Impfpflicht.

geopolitischer Verwerfungen besonders gut gedeiht – nicht nur, aber umso mehr, wenn der Staat Israel involviert ist oder für involviert gehalten wird.

Um in der Lage zu sein, diese Mutationen und Variationen (Narrative, Diktionen, Symbole, Duktus) zu erkennen und in weiterer Folge den antisemitischen Charakter von Vorfällen festzustellen, ist es für das Team der Meldestelle trotz des gesteigerten Zeitaufwands unabdingbar, permanent am Laufenden zu bleiben – sei es durch ein intensiviertes internes Wissensmanagement, durch den verstärkten Austausch mit Partnerorganisationen oder mit Personen aus dem wissenschaftlichen beziehungsweise akademischen Bereich (siehe z. B. [Gastkommentare ab S. 25](#)) oder die personelle Verstärkung des Meldestellen-Teams.

Ergänzend zur Erfassung und statistischen Aufbereitung von manifesten Vorfällen helfen Umfragen und Studien wie die im April 2023 präsentierte [Antisemitismus-Studie des Österreichischen Parlaments](#) für das Jahr 2022, einen umfassenderen Blick auf den Antisemitismus zu erhalten.

2. 4. Anti-Israel-Agitation

Seit Beginn der israelischen Gegenoffensive fanden regelmäßig und in mehreren österreichischen Städten zahlreiche Anti-Israel-Demonstrationen statt. Auf nahezu allen wurde unseren Erkenntnissen zufolge Antisemitismus verbreitet. Selbst wenn man die mittlerweile auch medial eingehend thematisierte Parole [„From the River to the Sea, Palestine will be free“](#) beiseite lässt, gab es so gut wie immer zumindest einen Inhalt, der als klar antisemitisch einzustufen war. Hierbei geht es mitnichten um Kritik oder gar Beschimpfungen Israels, welche – auch wenn zutiefst gehässig oder lügenhaft – keineswegs per se als antisemitisch gewertet werden. Es geht vielmehr um die Shoah relativierende Vergleiche bzw. [Gleichsetzungen Israels mit dem NS-Regime](#), krude Verschwörungsmymen, traditioneller Antijudaismus, den jüdischen Staat dämonisierende Inhalte und zahlreiche mehr oder weniger [unverhohlene Terroraufrufe](#).

Wie schon eingangs erwähnt, konnte aufgrund der Flut an Vorfällen nicht jede Anti-Israel-Demonstration auf antisemitische Inhalte überprüft werden. Die Antisemitismus-Meldestelle ist per Definition auf Meldungen hierzu angewiesen, weshalb – analog zu antisemitischen Inhalten auf Demonstrationen während der Pandemie – ein großer **Dank Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft** gilt, welche die mehrmals pro Woche und in mehreren Städten österreichweit abgehaltenen Reden auf diesen Versammlungen sichten und die Meldestelle auf antisemitische Inhalte hinweisen beziehungsweise diese online melden.

Federführend waren auf diesen Protesten die auch aus unseren [letzten Berichten](#) bekannten Personen aus dem **antiimperialistischen Umfeld der antisemitischen BDS-Bewegung** ([Boykott, Desinvestition, Sanktionen gegen Israel](#)); sie treten im Namen verschiedener, sich personell stark überschneidenden Organisationen auf (hier soll besonders die regelmäßig **Terror verherrlichende** Gruppe „Dar al Janub“ hervorgehoben werden), wobei die sogenannte „Palästina Solidarität Österreich“ als eine Art Dachverband fungiert; auch zeichneten sich viele ihrer Mitglieder durch einen stark ausgeprägten Aktivismus in der Anti-Corona-Maßnahmen-Szene aus und spielen ebenfalls eine tragende Rolle im Pro-Putin-Milieu.

Unabhängig von der jeweils aktuellen Lage in Israel und den Palästinensergebieten erstrecken sich die Aktivitäten dieser wenigen, aber in personell und inhaltlich stark deckungsgleichen Gruppen auftretenden Personen über das gesamte Jahr. Es handelt sich bei diesen zum überwiegenden Großteil um **Österreicherinnen und Österreicher aus dem linksextremen Milieu**.

Hinzu gesellten sich nun Gruppierungen, deren Aktivismus vor allem rund um Eskalationen im palästinensisch-israelischen Konflikt schlagend wird. Hierbei geht es besonders um **islamistische Akteure**, unter anderem aus dem Umfeld des „Arabischen Palästina Club“ oder der „Palästinensischen Jugend Österreich“. Aus dem türkisch-nationalistischen Bereich fanden sich verhältnismäßig wenige Teilnehmende; eine umfassende, organisierte Partizipation wie man sie 2014 anlässlich des letzten großen Krieges zwischen palästinensischen Terrororganisationen in Gaza und Israel beobachten konnte, blieb aus. Damals brachte die AKP-Lobbyorganisation UETD (Union Europäisch Türkischer Demokraten) in Wien mehr als 11.000 Menschen auf die Straße. Von dieser Größenordnung sind die Anti-Israel-Demonstrationen diesmal sehr weit entfernt geblieben.

Ein Novum nach dem 7. Oktober stellt die Beteiligung mehrerer Gruppierungen dar, welche traditionell der Linken zugerechnet wurden. Der Umgang mit den Terrormassakern und der israelischen Gegenoffensive ließ hier jedoch lange Zeit **unbeachtete ideologische Trennlinien** innerhalb linker Bewegungen und Parteien zu regelrechten Gräben anwachsen, welche sich in vielen Fällen plötzlich als unüberbrückbar erwiesen.

Auf den ersten Blick skurril, aber im internationalen Umfeld nicht unüblich, wirkt der Anti-Israel-Aktivismus von **sich als progressiv betrachtenden Gruppen** aus dem Queer- und Feminismusbereich. Mit prägnanten Namen wie „Queers4Palestine“ oder „Alerta Feminista“ tauchten im Social-Media-Bereich plötzlich eine Vielzahl von Organisationsnamen auf, deren angebliches Selbstverständnis völlig inkompatibel mit dem zuweilen stark islamistischen Einschlag der Anti-Israel-Proteste sein müsste. Auf Social Media kam es bereits zu homophoben Anfeindungen von Islamisten gegenüber Mitdemonstrierenden, und auch generell protestiert man eher neben- als miteinander.

Selbiges gilt für bestimmte linksextreme Gruppierungen, die einerseits neben türkischen Nationalisten und AKP-nahen Aktivisten und Aktivistinnen gegen Israel auf die Straße gehen, gleichzeitig jedoch lautstark gegen die parallel laufenden militärischen Angriffe der Türkei gegen Kurden protestieren.

Hier, sowie bei der gemeinsamen Teilnahme von Antiimperialisten und Rechten an Protesten gegen Covidmaßnahmen sowie für Russland, ist die Erklärung wohl im **gemeinsamen Nenner** zu suchen: das antisemitische Ressentiment, welches vermeintlich natürliche Feinde zu sich zumindest dulddenden Partnern werden lässt.

Ein auch international beobachtbarer Trend ist die Teilnahme beziehungsweise das In-den-Vordergrund-Stellen von jüdischen und vermeintlich jüdischen Aktivistinnen und Aktivisten. Ziel ist hier vor allem der Versuch der Immunisierung der Anti-Israel-Protestbewegung gegen Antisemitismusvorwürfe. Unabhängig davon, dass ein großer Teil der sich als „jüdisch“ präsentierenden Organisationen aus Nichtjüdinnen und -juden besteht (und zwar sowohl de facto als auch **aufgrund der eigenen Beschreibung**), so sind die im Vordergrund stehenden Personen nicht ansatzweise repräsentativ für die grundsätzlich und traditionell sehr heterogene jüdische Perspektive. Eine tatsächlich jüdische Repräsentantin einer der beiden öffentlichkeitswirksamen „jüdischen“ antizionistischen Gruppen ist beispielsweise langjähriges Mitglied des Kaders des antisemitischen BDS.

Bemerkenswert war besonders in den ersten Wochen des Konflikts eine regelrechte Multiplizierung von Social-Media-Accounts aus dem Dunstkreis der eben aufgelisteten Gruppierungen. Abgesehen von Konten für regionale „Filialen“ bereits vorhandener Gruppen sprießten plötzlich Instagram-Auftritte hervor, welche – ebenfalls nach internationalem Vorbild – unter anderem Spektren, die man unter Schlagwörtern wie „Social Justice“ oder „Students for Palestine“ subsumieren kann, abdeckten. Sie zeichnen sich durch totale

Anonymität sowie vollkommen identische Postings aus. Auch werden die unterschiedlichen Inhalte untereinander intensiv beworben und wiedergeteilt, wodurch bei Usern der Eindruck einer größeren Community erweckt werden soll.

2. 5. Antisemitismus im Bildungsbereich

2. 5. 1. Antisemitismus in Schulen

Schon im [Jahresbericht 2022](#) wurde auf die Problematik von **Antisemitismus unter Kindern und Jugendlichen** hingewiesen (unter anderem auf S. 8), nicht nur, aber auch im schulischen Kontext. Der 7. Oktober brachte hier zahlreiche bekannte und erahnte Probleme zum Vorschein, welche auch [medial eingehend diskutiert](#) worden sind. Wie schon eingangs erwähnt, erlangte die Meldestelle mutmaßlich nur in den wenigsten Fällen Kenntnis von diesen Vorkommnissen. Die qualitative Bandbreite der Vorfälle ist hier besonders groß, von **verletzenden Kommentaren über Mobbing und Beschimpfungen, Beschmierungen, bis hin zu Übergriffen, mitunter mit Körperverletzung**.

Im Endeffekt wurde die Meldestelle dieser Vorfälle via unterschiedlicher Quellen gewahrt:

- der Meldestelle direkt gemeldete Vorfälle;
- aus der Berichterstattung bekannt gewordene Vorfälle;
- die direkt und indirekt auf weitaus mehr Vorfälle unterschiedlichen Konkretheitsgrades verweisenden Aussagen diverser Stakeholder (z. B. Lehrerinnen und Lehrer).

In der Statistik können aufgrund der sonst fehlenden Möglichkeit zur Verifizierung nur die Vorfälle der ersten Kategorie berücksichtigt werden. Auch in Fällen, in denen Betroffene aufgrund des Kontexts oder Hörensagens identifiziert – und theoretisch aktiv kontaktiert – werden hätten können, respektierte man die zumindest implizit getroffene Entscheidung, sich nicht weitergehend damit auseinandersetzen zu wollen. Nicht zuletzt die Gefahr einer **Retraumatisierung** beziehungsweise **Reviktimisierung** spielt hier eine wesentliche Rolle. Stattdessen versuchte man vonseiten der IKG in der internen wie externen Kommunikation, abseits vom üblichen Aufruf zur Meldung antisemitischer Vorfälle auf das Vorhandensein von **Betreuungs- und Unterstützungsmöglichkeiten** hinzuweisen.

Generell sind antisemitische Vorfälle im schulischen Kontext in mehrfacher Hinsicht besonders heikel, weshalb jene Betroffene, die tatsächlich den Schritt der Meldung setzen, nicht nur auf die von der Meldestelle ohnehin in den Vordergrund gestellte Vertraulichkeit besonderen Wert legen, sondern aus nachvollziehbaren Gründen absolute Anonymität einfordern. In einigen Situationen kam es auch in der Vergangenheit bereits vor, dass Eltern erst nach einem antisemitismusbedingten Schulwechsel die Meldestelle kontaktierten, zwecks Dokumentation des Vorgefallenen.

Es soll auch betont werden, dass bei weitem nicht jeder antisemitische Vorfall an Schulen der Anwesenheit von jüdischen Schülerinnen und Schülern bedarf. Des Öfteren waren antisemitische Kommentare und Beschimpfungen im schulischen Kontext entweder an nichtjüdische Mitschüler beziehungsweise Lehrer oder Lehrerinnen gerichtet, oder fielen in unterschiedlichen Situationen des schulischen Alltags.

Die zwei ausgemachten Hauptfaktoren für die Virulenz antisemitischer Manifestationen – nicht nur, aber besonders nach dem 7. Oktober – bei Kindern und Jugendlichen sind in zwei Bereichen zu verorten:

Einerseits werden viele Inhalte, Sichtweisen, Stereotype und Narrative im familiären Kontext aufgeschnappt, in manchen Fällen gar eingetrichtert. Oft lässt sich dies an der Wiedergabe bestimmter Argumentationsbausteine in Form von altersuntypischen Worthülsen erkennen.

Andererseits erwiesen sich abermals Social-Media-Plattformen, allen voran TikTok, als Brandbeschleuniger. Deren vielfach diskutierten, algorithmus-getriebenen Mechanismen entfalten eine destruktive und gefährliche Wirkung, welche in vor allem westlichen Gesellschaften zunehmend bemerkt und diskutiert wird. „Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 spielen soziale Netzwerke eine bedeutende und vielfach unterschätzte Rolle bei der Verbreitung von Terrorpropaganda, Falschinformationen, Israelhass, Antisemitismus und Verschwörungsnarrativen“ stellt beispielsweise die Bildungsstätte Anne Frank [in ihrem jüngsten Report](#) zu dem darin aufbereiteten und analysierten Thema fest.

Nach dem im letzten Jahresbericht erwähnten Strategiepapier gegen Antisemitismus an Schulen mit dem Titel „[Prävention von Antisemitismus durch Bildung](#)“ kann das Mitte Dezember vom Nationalrat einstimmig beschlossene [Maßnahmenpaket für Schulen](#) zur zielgerichteten Bekämpfung von Antisemitismus sowie zur Prävention von Extremismus nur begrüßt werden. Gleichzeitig erklärte Bildungsminister Polaschek angesichts der Dimension des Phänomens nach dem 7. Oktober, dass „die gesamte Arbeit zum Thema Antisemitismus in den Schulen [...] völlig neu gedacht werden“ müsse. Zwecks Erarbeitung neuer Vermittlungskonzepte, auch zum Thema Demokratiebildung, sei bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden.

Vielbeschäftigt und erfolgreich unterwegs ist auch weiterhin das im Rahmen der Antisemitismus-Präventionsarbeit eine bedeutsame Rolle spielende Dialogprojekt [LIK RAT](#), eine Initiative der IKG Wien².

2. 5. 2. Antisemitismus an Universitäten

Eine medial stark beleuchtete und hart umkämpfte Front (der Begriff ist hier wortwörtlich zu verstehen) im Anti-Israel-Aktivismus nach dem 7. Oktober ist das oft auch gewalttätige Bedrängen von jüdischen Studierenden im [universitären Bereich](#). Abseits der prominenten Ereignisse rund um US-Eliteuniversitäten stellten sich Hochschulen im Westen generell als oft problematisches, in einigen Fällen gar gefährliches Territorium für jüdische Studentinnen und Studenten dar.

Im Gegensatz zu vielen Universitäten anderer Länder fand die Universität Wien zu Beginn der jüngsten Eskalation [klare Worte](#) zum israelbezogenen Antisemitismus. Die Österreichische HochschülerInnenschaft – traditionell eine gewichtige Institution im Kampf gegen jeden Antisemitismus – zeigte sich noch vehementer in ihren [Verurteilungen antisemitischer Vorfälle](#).

Obgleich Österreich hier somit über weitaus bessere Grundvoraussetzungen verfügt als andere Länder, sahen sich auch hier jüdische Studierende mit einem **Klima der Empathielosigkeit, Verunsicherung** oder gar **Einschüchterung** konfrontiert. Letzteres drückt sich zwar nicht immer in Vorfallszahlen aus, ist jedoch nicht minder belastend. Erzählungen über veränderte Verhaltensweisen von Kommilitonen und Kommilitoninnen wurden zur Regel statt zur erhofften Ausnahme. Direkte Konsequenz hiervon war, dass sich jüdische Studierende verstärkt zurückzogen sowie zu einem überwiegenden Teil auf das Tragen religiöser oder anderer Symbole verzichteten, anhand derer man ihr Judentum erkennen könnte. Konkreter wurde dieses Klima in direkten Interaktionen, sei es im Bekannten- oder gar Freundeskreis, oder aber in diversen WhatsApp-Gruppen inner- und außerhalb des universitären Kontexts, in denen Empathielosigkeit häufig

² [Umsetzungsbericht 2022 - Nationale Strategie gegen Antisemitismus](#), S. 58, 66 sowie 80

von teils offener Feindseligkeit abgelöst wurde, wobei es keine Rolle spielte ob selbige direkt an jüdische Personen gerichtet war oder an die Allgemeinheit.

Noch eine Stufe problematischer sind die Entwicklungen an einzelnen Universitäten, allen voran der [privaten Central European University](#) in Wien. Der teils offene Antisemitismus, der dort jüdischen Studierenden in Wort und Tat entgegenschlug, war von der Intensität her auf einer Stufe mit den übelsten Vorfällen im angelsächsischen Raum. Auch hier wollte sich die Leitung nicht mit der Thematik auseinandersetzen, ließ die [antisemitischen Umtriebe](#) gewähren, was zusätzliche Aktivist:innen aus dem vorhin beschriebenen, antisemitischen BDS-Umfeld anzog, die ihrerseits mit mehreren Aktionen und Veranstaltungen die Lage noch einmal aufheizten.

Auch an anderen akademischen Einrichtungen kam es zu antisemitischen Vorfällen, zum Beispiel an der [Universität für Angewandte Kunst in Wien](#), wo es auch zu einem Übergriff auf den als solchen identifizierten Präsidenten der Jüdischen Hochschüler:innenschaft kam.

Angesichts solch [antisemitischer Umtriebe](#) beschloss die Österreichische Akademie der Wissenschaften, sich im Rahmen eines neuen Projekts mit [Antisemitismus an österreichischen Hochschulen](#) auseinandersetzen zu wollen, umso mehr als, laut ÖAW-Präsident Heinz Faßmann, „ein lauter Chor der Gegenstimmen hierzulande fehlt.“

2. 6. Antisemitismus abseits des 7. Oktober

Abgesehen von der Ausnahmesituation ab Oktober gab es in Sachen Antisemitismus vergleichsweise wenige statistische Ausreißer im abgelaufenen Jahr. Hervorgehoben soll hier die Phase der Koalitionsverhandlungen infolge der Landtagswahl in Niederösterreich sein, im Zuge derer sich IKG-Präsident Oskar Deutsch kritisch zu einer möglichen [FPÖ-Regierungsbeteiligung](#) wegen der engen Verbindungen und manchmal auch Überschneidungen zum Neonazismus, Shoah-Relativierungen, uvm. äußerte. Es folgte eine Flut an Beschimpfungen, sowohl auf Social Media als auch in Form von Zuschriften an die IKG. Dies machte sich in Form eines sprunghaften Anstiegs von Vorfällen auf einen im historischen Vergleich sehr hohen Wert von 79 im Monat März bemerkbar.

3. Kategorisierung antisemitischer Vorfälle und Beispiele

Ein wesentlicher Bestandteil der Erfassung, Analyse und Verbreitung antisemitismusbezogener Daten ist die Kategorisierung antisemitischer Vorfälle. Seit zwei Jahrzehnten machen unterschiedliche EU-Institutionen die hierbei fehlende Vergleichbarkeit auf internationaler Ebene als wesentliches Problem im Kampf gegen Antisemitismus aus und streben folgerichtig eine Harmonisierung an.

Zu diesem Zweck veröffentlichte man Richtlinien zur Kategorisierung antisemitischer Vorfälle, welche ihrerseits maßgeblich vom diesbezüglich besonders erfahrenen britischen CST geprägt waren.³ Bis zuletzt hatten nur die Antisemitismus-Beobachtungsstelle in Italien⁴ (mit leichten Anpassungen), sowie die in Deutschland beheimatete RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) diese Empfehlungen übernommen und übersetzt; letztere setzt diese seit nunmehr acht Jahren in der Antisemitismuserarbeit ein. Die Antisemitismus-Meldestelle der IKG kooperiert hierbei insbesondere mit RIAS. Eine weitere Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit ist im Entstehen begriffen.

Inzwischen setzt auch die polnische CZULENT diese Kategorisierung in ihrem Ende April 2023 präsentierten Jahresbericht 2022 ein.

Die Übernahme der Kategorien und Begriffsbezeichnungen gemäß EUMC-Richtlinie für die Antisemitismuserarbeit in Österreich im Jahr 2019 soll einen weiteren Schritt in den internationalen Bestrebungen im Kampf gegen Antisemitismus darstellen.

Im folgenden Abschnitt sollen die Kategorien erläutert und anhand einiger Beispiele aus dem vergangenen Jahr näher gebracht werden. Auf weitere Details zur Methodik der Arbeit der Antisemitismus-Meldestelle sowie den internationalen Kontext soll im entsprechenden Abschnitt ([ab Seite 24](#)) eingegangen werden.

3. 1. Angriff

Unter diese Kategorie fällt jegliche Form des physischen Angriffs auf Menschen und Gebäude, mit oder ohne Waffen. Auch der erfolglose Versuch eines Angriffs (sei es, weil das Opfer sich zur Wehr setzte oder flüchten konnte) wird unter dieser Kategorie erfasst. Selbiges gilt für das Werfen von Gegenständen in Richtung von Personen, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen. (Die EUMC-Richtlinie, CST und RIAS kennen als Steigerungsform noch die Kategorie „Extreme Gewalt“. Wir betrachten die Differenzierung zwischen Letzterer und „Angriffen“ in Österreich als nicht zweckmäßig, siehe hierzu auch Abschnitt „Antisemitismuserarbeit auf internationaler Ebene“).

Wien, Juni 2023: Auf der „Vienna Pride“ wird einem jüdischen Teilnehmer ein Hieb auf den Hinterkopf verpasst und dabei seine Kippa heruntergeschlagen. (Auf demselben Event wird eine Gruppe von teilnehmenden jüdischen Jugendlichen von einem anderen Teilnehmer mit „Scheiß Juden!“ beschimpft und ihnen der Mittelfinger gezeigt. Da es sich bei Letzterem um einen getrennten Vorfall handelt, wurde er in die Statistik als „Verletzendes Verhalten“ aufgenommen.

Wien, Juni 2023: Eine Gruppe von aufgrund ihrer Kleidung als jüdisch erkennbaren Jugendlichen (drei Jungen und ein Mädchen) ist abends auf dem Heimweg, als ein Pkw neben ihr anhält, aus dem mehrere Männer „Free Palestine!“ rufen. Die jüdischen Jugendlichen lassen sich nicht beirren und gehen weiter

³ [EUMC - Manifestations of Antisemitism in the EU 2002 - 2003](#), S. 343

⁴ [Antisemitismusbericht Italien 2023](#)

ihres Weges. Kurz darauf hält das Auto wieder neben ihnen, begleitet von einem weiteren Auto; zehn bis zwölf Personen springen heraus, beschimpfen die Jugendlichen und drohen ihnen, dass „es schlecht enden“ würde, wenn sie nicht von „ihrer Straße verschwinden“. Die aggressiven Personen umzingeln die Jugendlichen. Auf weitere Beschimpfungen wie „Hurensohn“, „Schwuchtel“ und „Drecks-Juden“ folgen Schläge in Richtung Gesicht der jüdischen Jugendlichen. Als ein Anrainer aus dem Fenster heraus damit droht, die Polizei zu rufen, machen sich die Angreifer davon.

Wien, Oktober 2023: Am frühen Morgen wird eine Fensterscheibe einer koscheren Fleischerei mit einem Stein eingeschlagen. Der männliche Angreifer ruft dabei „Allahu Akhbar!“ und rennt davon.

Wien, Oktober 2023: Eine aufgrund ihrer Kleidung als jüdisch erkennbare Frau befindet sich am Weg zur Arbeit. Im Vorbeigehen schlägt ihr ein entgegenkommender Mann mit der Hand in den Bauch; er entfernt sich daraufhin schnell und kommentarlos.

Wien, November 2023: In der Nacht zum 1. November legen Unbekannte einen [Brand im jüdischen Teil des Zentralfriedhofs](#). Ein Vorraum der Zeremonienhalle brennt komplett aus. Wertvolle, alte Bücher und ein Thoraschrein werden zerstört. Unweit des Brandorts wird ein (verkehrtes) Hakenkreuz an die Friedhofsmauer gesprüht, sowie das mutmaßlich falsch geschriebene Wort „Hitler“.



3. 2. Bedrohung

Als Bedrohung wird definiert: konkret formulierte Androhung physischer Gewalt gegen jüdische beziehungsweise als jüdisch wahrgenommene Personen oder Einrichtungen; die Drohung ist zielgerichtet und kann in schriftlicher oder mündlicher Form erfolgen. Ebenfalls als Bedrohung kategorisiert werden Bombendrohungen gegen sowie Bombenattrappen bei jüdischen Einrichtungen.

Wien, November 2023: Ein aufgrund seiner Kleidung als jüdisch erkennbarer Mann ist auf der Straße unterwegs, als ein anderer Mann in bedrohlicher Pose auf ihn zugeht und ihn anbrüllt: „Schau besser wo du hingehst, du scheiß Yahud (Anm.: arabisch für Jude)! Du Opfer!“

Wien, November 2023: Als Kippa-tragende Schüler eine Straßenbahn betreten, bedrohen drei weibliche Jugendliche diese. Gesagt wird etwa „Wir werden euch umbringen!“, „Ihr werdet schon sehen!“. Desweiteren versuchen sie, die jüdischen Fahrgäste mit Parolen wie „Free Palestine!“ zu provozieren.

Wien, November 2023: Eine unbekannte Person ruft mehrmals bei einer Einrichtung der jüdischen Gemeinde an und sagt lediglich „Töte die Juden!“ beziehungsweise „Tötet die Juden!“, um jedes Mal gleich darauf wieder aufzulegen.

3. 3. Sachbeschädigung

Unter die Kategorie der Sachbeschädigung fallen nicht lebensbedrohliche Übergriffe auf ein Objekt. Als Sachbeschädigung gelten hierbei auch Beschmierungen, sowie das Anbringen von Stickern und Plakaten.

Wien, März 2023: Ein [Werbeplakat](#) des Jüdischen Museums Wien wird mit antisemitischen Beschmierungen verunstaltet. Zum einen wird der Staat Israel in die Nähe des Nationalsozialismus gestellt, indem der Name mit zwei Siegrunen geschrieben wird, mehrere Hakenkreuze aufgemalt werden; des weiteren findet sich die Parole „Zionismus = Faschismus“ und auf der linken Seite wird Israel gestrichen und durch „Palestine!“ ersetzt.



Wien, April 2023: Beschmierung einer Hauswand mit antisemitischer Beschimpfung „Juden sind pädophile Kinderschänder = Ekel“



Wien, Mai 2023: Am letzten Tag einer dreitägigen militärischen Eskalation zwischen Hamas und Israel im Mai beschmiereten Unbekannte die Theodor-Herzl-Stiege (bzw. deren Gedenktafel), wenige Meter vom Stadttempel entfernt mit „Free Palestine Nazis“. Die Entfernung der Beschmierung wurde noch am selben Tag von der Gruppe Sofortmaßnahmen der Stadt Wien veranlasst.



Wien, Juli 2023: Das Mahnmal für die österreichischen jüdischen Opfer der Shoah am Judenplatz wird mit neonazistischen Symbolen beschmied. Es wird Anzeige erstattet, die Meldepersonen selbst bemühen sich nach dem Abfotografieren um die provisorische Entfernung der Symbole; Stadt Wien beziehungsweise Denkmalschutz werden informiert.



3. 4. Verletzendes Verhalten

In die Kategorie „Verletzendes Verhalten“ fallen antisemitische Beschimpfungen, Äußerungen, Kommentare und Botschaften; diese können verbal (von Angesicht zu Angesicht, telefonisch) oder schriftlich (Brief, E-Mail, Onlinemedien, andere elektronische Kommunikationskanäle) erfolgen und sind an eine spezifische Person oder Institution gerichtet.

St. Pölten/Wien, Mai 2023: Zum dritten Mal wird das Lautsprechersystem eines Zugs der ÖBB gekapert, um dort Aufnahmen von unter anderem Ausschnitten aus [Reden von Adolf Hitler](#) abzuspielen, inklusive „Heil Hitler“- und „Sieg Heil“-Rufen. Die beiden Täter können ausgeforscht werden, [im Jänner 2024 werden sie verurteilt](#).

Wien, Oktober 2023: Auf einer Anti-Israel-Demo im Herzen Wiens kommt es zu zahlreichen antisemitischen Manifestationen, welche teilweise [in diesem Video](#) festgehalten werden. Es kommt unter anderem zu zahlreichen Verherrlichungen von und Aufrufen zu Terrorismus; dschihadistischen Schlachtrufen; Gleichsetzungen Israels mit den Nationalsozialisten, unter anderem indem von der „israelischen Wehrmacht“ gesprochen wird; Negierung des Existenzrechts Israels; verschiedene Verschwörungsmythen; eine bildliche Darstellung des antisemitischen Gottesmordvorwurfs auf einem Plakat und mehrere, auch gröbliche Relativierungen der Shoah.

(Anmerkung: gemäß der Methodik der Meldestelle wird die Demonstration dennoch nur als ein Vorfall gewertet, im vorliegenden Fall „Verletzendes Verhalten“)

Wien, November 2023: [Flyer von beim Großangriff palästinensischer Terrororganisationen](#) am 7. Oktober entführten Israelis werden mit „Juda Verrecke“ sowie einem Hakenkreuz beschriftet.



Linz, Dezember 2023: Ein aufgrund seiner Kleidung als jüdisch erkennbarer Mann geht an einer Gruppe Jugendlicher vorbei. Einer der Jugendlichen schreit „Scheiß Jude“ in seine Richtung. Als der Beschimpfte den Jugendlichen zur Rede stellen will, beginnen die Begleiter des Jugendlichen ebenfalls damit, antisemitische Beschimpfungen loszuschreien. Der Beschimpfte empfindet die Situation als zunehmend gefährlich und macht sich schnellen Schrittes davon.

Wien, Dezember 2023: Unbekannte blockieren den Zugang zur [Shoah-Namensgedenkmauer](#) im Ostarrichipark mithilfe von Absperrbändern. Daneben platzieren sie ein Schild mit gefälschtem Logo der Stadt Wien. Im darauf zu lesenden Text wird unter anderem die Shoah verharmlost, indem zum Beispiel die Opfer der Shoah mit Toten im Nahost-Konflikt gleichgesetzt werden.

3. 5. Massenzuschriften

Hierbei handelt es sich um schriftliche antisemitische Inhalte, die an mindestens zwei Adressatinnen bzw. Adressaten gerichtet sind, beziehungsweise generell auf einen breiten Empfängerkreis abzielen. Dazu gehören Publikationen (online wie offline, z. B. Zeitungen, Magazine, Blogs), an mehrere Empfänger und Empfängerinnen versandte Schreiben (Briefe, E-Mails), sowie die letzten beiden Medien zunehmend verdrängenden Social-Media-Plattformen.

März 2023: Antisemitischer Brief an IKG-Präsident Oskar Deutsch (eines von sehr vielen Schreiben in diesem Zeitraum), welcher ebenfalls an Medien und Bundespräsident Alexander Van der Bellen versendet wurde.

Lieber Herr Deutsch, Sie sind Österreicher und nicht Israeli. Und Sie sind auch nichts anderes als alle Österreicher. Ihre sogenannten jüdischen Wurzeln sind kein Privileg, sondern ein Schande, weil Sie sich als eine vom Schicksal ausgewählte Rasse halten. Vielleicht wäre es nicht schlecht, wenn Sie sich gegenüber den „normalen Menschen“ öffnen würden, dann müssten Sie nicht ihre Einrichtungen von Polizeitruppen bewachen lassen. Dass Juden bekanntlich gescheiter sein sollen, liegt wahrscheinlich daran, dass sie sich gegenüber der anderen Bevölkerung abgeschottet hat. Und wenn heute ein Familienvater sich gegen die Islamisierung in den Grundschulen äußert, ist er Rassist. Daraus folgt natürlich, dass die Juden auch Rassisten sind, da sie in ihrer Gemeinschaft keine andere „Gläubigen“ duldet.

Viele Grüße,

Dezember 2023: Folgendes E-Mail wird an die IKG und andere Empfänger versendet.

Sieg Heil ihr Juden-Loser!!!

Das schöne Hakenkreuz Symbol steht für Freiheit, ist ein Symbol unserer ursprünglichen Kultur und Heimat. Niemand wird uns mehr verbieten, dieses Symbol einzusetzen, sowie wird bald wieder die schöne Fahne in Schwarz, Weiß und Rot mit dem schönen Hakenkreuz Symbol im Wind wehen.

Dezember 2023: Eine [notorische Aktivistin](#) der antisemitischen BDS-Bewegung postet einen der dutzendfach gemeldeten, Shoah relativierenden Vergleiche Israels mit den Nationalsozialisten



November/Dezember 2023: Ein prominenter Anti-Israel-Aktivist teilt mehrfach die Shoah relativierende Vergleiche Israels mit Nazi-Deutschland



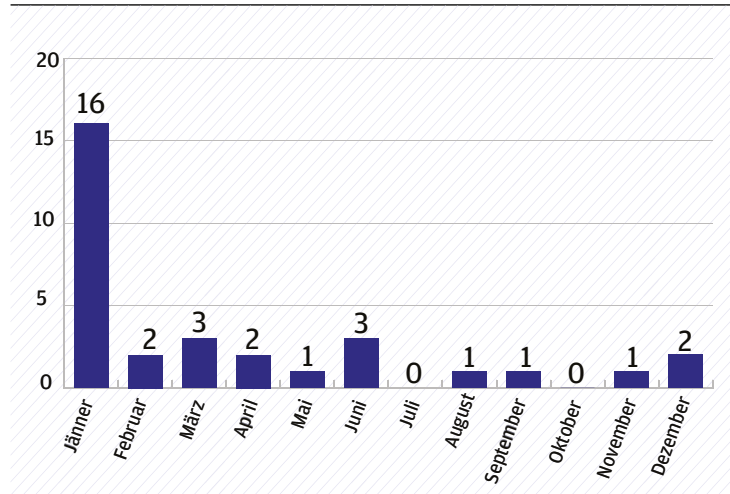
4. Subkategorien

Abgesehen von den Hauptkategorien sammelt die Antisemitismus-Melde­stelle auch darüber hinausreichende Daten. Nachstehende Analyse von Subkategorien erscheint hierbei besonders interessant und aufschlussreich.

4.1. Antisemitismus mit Coronabezug

Wie schon im Kommentar­teil angedeutet, hat es in dieser im Jahr 2020 eingeführten Subkategorie einen sehr starken und ebenso erfreulichen Rückgang gegeben. Der Jänner bildete hier die Ausnahme und sorgte für die Hälfte der insgesamt 32 Vorfälle mit Corona-Zusammenhang im gesamten Jahr.

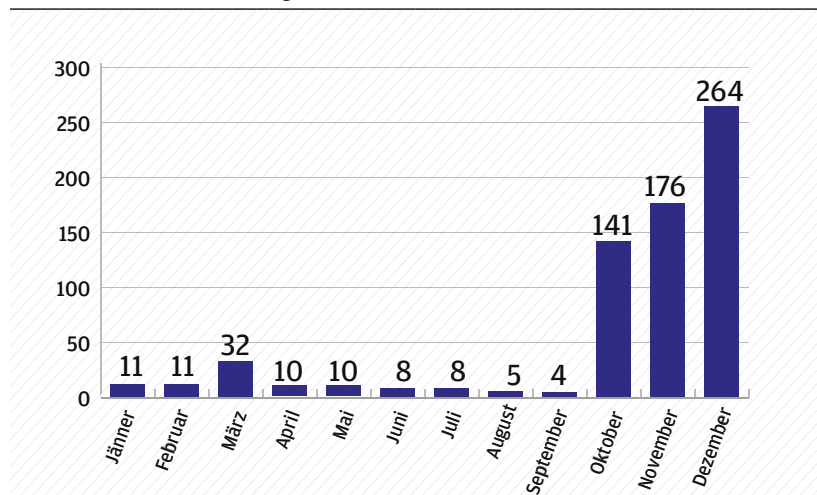
2023: 32 Fälle von Antisemitismus mit Coronabezug



4.2. Israelbezogener Antisemitismus

Mit Ausnahme des März wurden bis zum 7. Oktober im Durchschnitt deutlich weniger Vorfälle mit Israelbezug registriert. Der März-Ausschlag ist überwiegend auf antisemitische Beschimpfungen jüdischer Repräsentanten in Österreich infolge der FPÖ-Koalitionsbeteiligung in Niederösterreich zurückzuführen. Im Vergleich zum letzten Quartal wirkt dieser im Langzeitvergleich gesehen hohe Wert jedoch verschwindend klein. Auch der bisherige Rekordwert vom Mai 2021 (76 Vorfälle, inklusive mehrerer physischer Angriffe, im Kontext des elftägigen Kriegs der Hamas gegen Israel) wirkt gegenüber der Zeit ab dem 7. Oktober geradezu winzig.

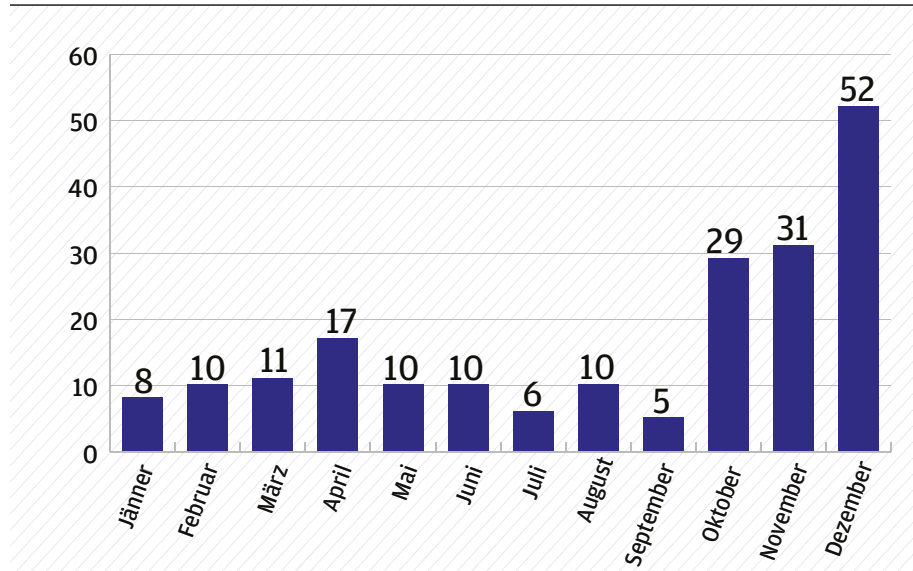
2023: 680 Fälle von israelbezogenem Antisemitismus



4.3. Antisemitische Verschwörungsmythen

Parallel zu den Vorfällen mit Israelbezug stieg auch die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen ab dem 7. Oktober rasant an. Während von Jänner bis September der monatliche Durchschnitt in etwa jenem von 2022 entsprach, gab es von Oktober bis Dezember jeweils Werte, die auch die monatlichen Rekorde der an Verschwörungsmythen nicht armen Phase der Pandemie überragten.

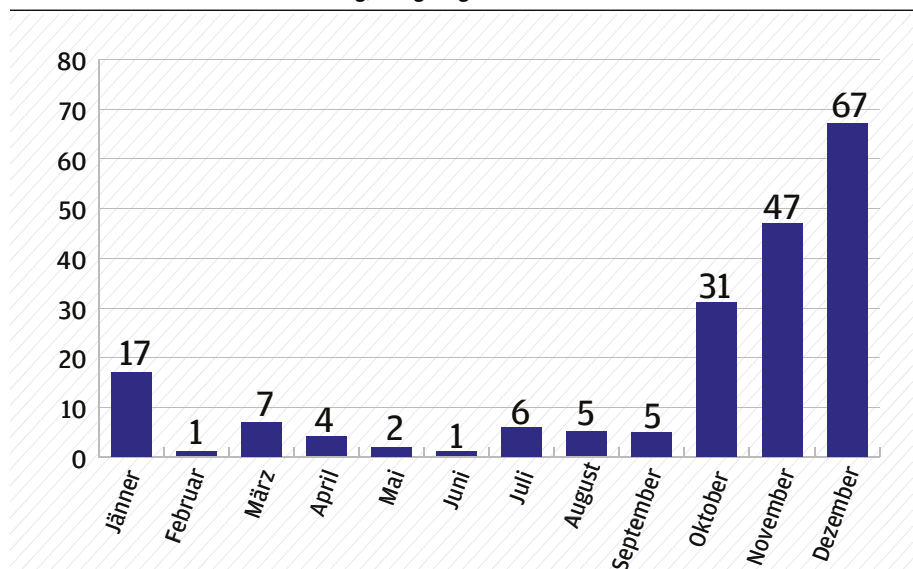
2023: 199 Fälle von Antisemitischen Verschwörungsmythen



4.4. Shoah-Relativierung/-Leugnung

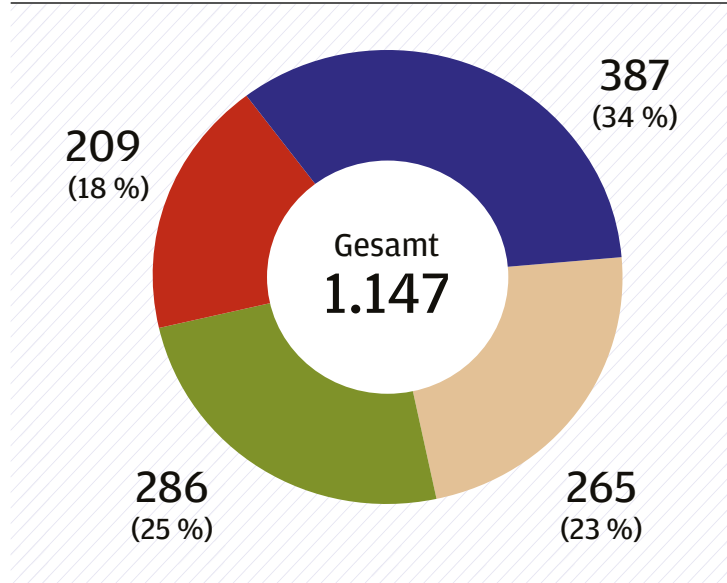
Nachdem im Jänner parallel zum vorläufig letzten statistischen Ausreißer des coronabezogenen Antisemitismus auch die Zahl der Fälle von Shoah-Relativierung/-Leugnung anstieg, ebte diese ab April ab – bis zum 7. Oktober. Mit Fortdauer des Kriegs steigen die Vorfallszahlen in Österreich linear an, wobei hier besonders der zuerst in der Anti-Israel-Propaganda, später in der medialen Berichterstattung mehr und mehr Fuß fassende Vorwurf des Völkermords durch Israel eine Rolle spielt – ein Vorwurf, der häufig von perfiden Vergleichen des Staates Israel mit dem NS-Regime begleitet ist.

2023: 193 Fälle von Shoah-Relativierung/-Leugnung

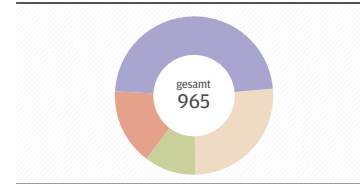


5. Ideologischer Hintergrund

Antisemitische Vorfälle - ideologisch motiviert



Antisemitische Vorfälle 2022

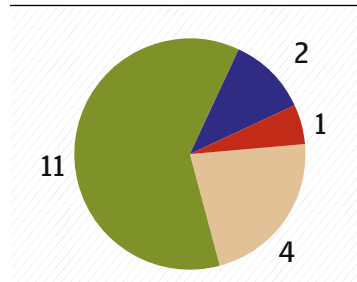


Unter „**Rechts**“ fallen all jene Vorfälle, welche der politischen beziehungsweise der gesellschaftspolitischen Rechten, dem Rechtsextremismus sowie dem (Neo-)Nazismus zugeordnet werden konnten.

Unter „**Links**“ fallen all jene Vorfälle, welche der politischen sowie der gesellschaftspolitischen Linken und dem Linksextremismus mit all seinen Spielarten (z.B. der antisemitischen BDS-Bewegung und dem Antimperialismus) zugerechnet werden konnten.

„**Muslimisch**“ bezieht sich auf antisemitische Vorfälle, die von Personen oder Organisationen verursacht wurden, die weltanschaulich beziehungsweise religiös dem Islam zuzuordnen sind, was den Islamismus einschließt

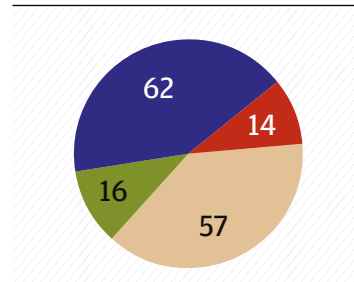
Angriffe



Der Anteil von Tätern mit muslimischem Hintergrund blieb mit knapp Zweidrittel im Vergleich zu 2022 unverändert. Bei vier Angriffen konnte der ideologische Hintergrund der Täter nicht eindeutig festgestellt werden, in zwei Fällen handelte es sich um Personen mit rechtem Background, zum ersten Mal seit 2019 wurde ein Angriff von einem Täter aus der politischen Linken registriert.

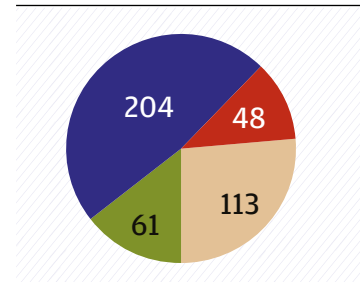


Sachbeschädigungen



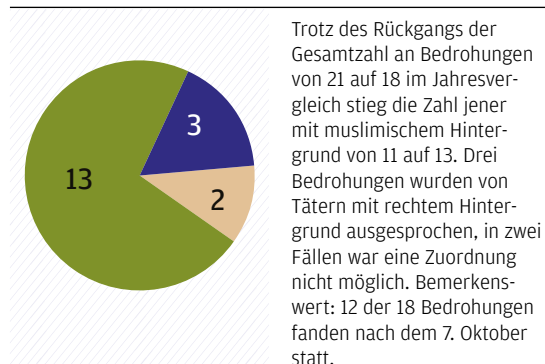
Hier sticht der verhältnismäßig hohe Anteil ideologisch nicht zuordenbarer Vorfälle (57) hervor. Auffällig: Bei 63 von insgesamt 92 ideologisch zuordenbaren Sachbeschädigungen gab es ebenso einen Israelbezug wie bei den weltanschaulich nicht zuordenbaren Fällen (32 von 57).

Verletzendes Verhalten



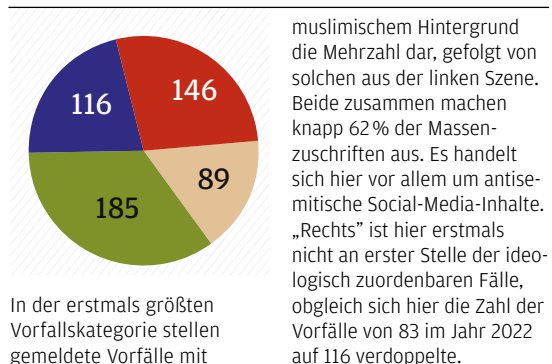
Bei der erstmals quantitativ nicht größten Kategorie stellen Vorfälle mit eindeutig rechtem Hintergrund weiterhin die Mehrheit dar. Die Diskrepanz zur Vervielfachung bei Massenzuschriften ist auf die Kategorisierung zurückzuführen (Social-Media-Posts fallen hierunter, link Kapitel „MZ“), sowie auf den Umstand, dass Vorfälle in dieser Kategorie sehr häufig gesammelt auftreten - mehrere Vorfälle im Rahmen einer Demonstration oder in einem Online-Thread werden zwar einzeln bearbeitet, aber in der Statistik als ein Vorfall gewertet.

Bedrohungen



Trotz des Rückgangs der Gesamtzahl an Bedrohungen von 21 auf 18 im Jahresvergleich stieg die Zahl jener mit muslimischem Hintergrund von 11 auf 13. Drei Bedrohungen wurden von Tätern mit rechtem Hintergrund ausgesprochen, in zwei Fällen war eine Zuordnung nicht möglich. Bemerkenswert: 12 der 18 Bedrohungen fanden nach dem 7. Oktober statt.

Massenzuschriften



In der erstmals größten Vorfalldkategorie stellen muslimischem Hintergrund die Mehrzahl dar, gefolgt von solchen aus der linken Szene. Beide zusammen machen knapp 62% der Massenzuschriften aus. Es handelt sich hier vor allem um antisemitische Social-Media-Inhalte. „Rechts“ ist hier erstmals nicht an erster Stelle der ideologisch zuordenbaren Fälle, obgleich sich hier die Zahl der Vorfälle von 83 im Jahr 2022 auf 116 verdoppelte.

6. Methodik

Grundpfeiler unserer Arbeitsmethodik ist die IHRA-Arbeitsdefinition für Antisemitismus.

6. 1. Arbeitsdefinition Antisemitismus

Seit die 2005 von dem EUMC unter Mithilfe zahlreicher Experten, Expertinnen und Betroffener erstellte Arbeitsdefinition für Antisemitismus im Mai 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) übernommen wurde, findet diese eine stark zunehmende internationale Unterstützung auf unterschiedlichsten Ebenen. Darunter auch in Österreich, wo sich der Ministerrat (2017) sowie die Gemeinderäte in Wien (2018) und Graz (2019) per Beschluss zu dieser Arbeitsdefinition bekannten. Auf EU-Ebene forderte im Dezember 2018 der EU-Rat im Rahmen einer Erklärung die EU-Mitgliedsstaaten auf, die Definition ihrerseits zu übernehmen.⁵ Dies, nachdem bereits im Januar 2017 EU-Kommissarin Vera Jourovà zur Unterstützung der Definition aufrief.

Obleich rechtlich nicht bindend, ist eine derartige Definition ein unabdingbares Tool im Kampf gegen Antisemitismus. Dadurch soll jene immanent wichtige, seit jeher geforderte internationale Vergleichbarkeit erreicht werden, welche entsprechende Erkenntnisse und damit zusammenhängende, zielgerichtete Maßnahmen erst möglich macht; vor allem auf nationaler Ebene dient sie aber auch als wissenschaftlich untermauertes Arbeitswerkzeug: zuallererst für im Bereich Antisemitismus tätige Organisationen, aber potenziell auch für die Exekutive, welche naturgemäß oftmals als Anlaufstelle für von Antisemitismus Betroffene fungiert.

An dieser Stelle soll noch einmal festgehalten werden, dass bei weitem nicht jeder antisemitische Vorfall rechtliche Implikationen hat; ihre bestmögliche Erfassung ist jedoch notwendig, will man sich ein möglichst umfassendes Gesamtbild verschaffen, welches seinerseits fundierte Entscheidungen der relevanten Stakeholder ermöglichen soll, nicht zuletzt auch im Bereich der Antisemitismusprävention.

Alle uns gemeldeten Vorfälle werden mit dieser Definition abgeglichen, nicht alle erfüllen ihre Kriterien und finden somit keinen Eingang in die Statistik.

Hier die Definition im Wortlaut:⁶

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

⁵ [Bekämpfung von Antisemitismus: Erklärung des Rates](#)

⁶ [IHRA](#)

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.

Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.

Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden.

Das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden.

Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Shoah).

Der Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, die Shoah zu erfinden oder übertrieben darzustellen.

Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.

Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.

Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.

Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Juden, Judentum, Israel oder Israelis zu beschreiben.

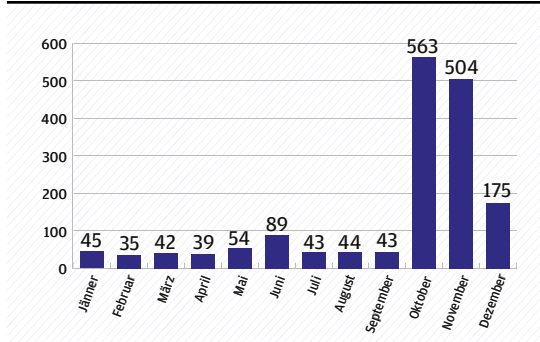
Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.

Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

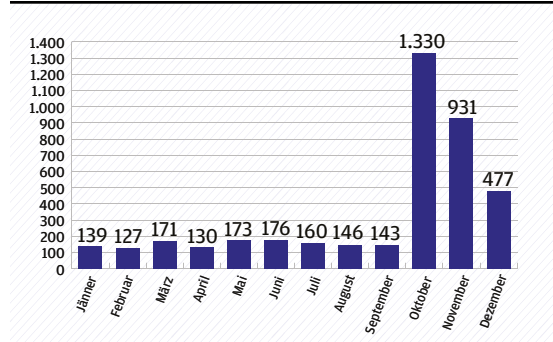
7. Blick ins Ausland

Zu Redaktionsschluss standen für das Jahr 2023 Daten aus dem [Vereinigten Königreich \(CST\)](#), aus [Italien](#) und Frankreich zur Verfügung. Insbesondere die Entwicklung des manifesten Antisemitismus ab dem 7. Oktober war auch international deutlich zu erkennen. In Großbritannien und Frankreich kam es hierbei zu einer regelrechten Welle der Gewalt. CST registrierte mit 266 physischen Angriffen ein Plus von 96 % gegenüber 2022. Für Frankreich meldet das [SPCJ](#) einen Anstieg der Angriffe von rund 40 pro Monat im Sommer auf 563 im Oktober, 504 im November und 175 im Dezember.

Frankreich: gesamt 1.676 Fälle 2023

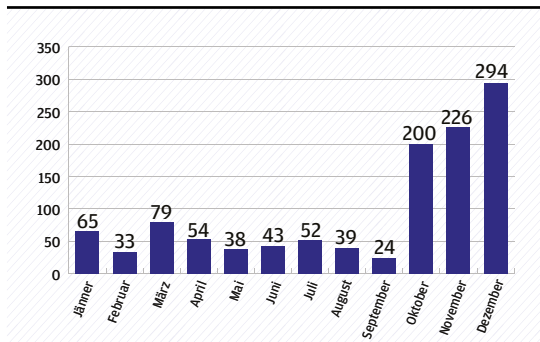


Großbritannien: gesamt 4.103 Fälle 2023

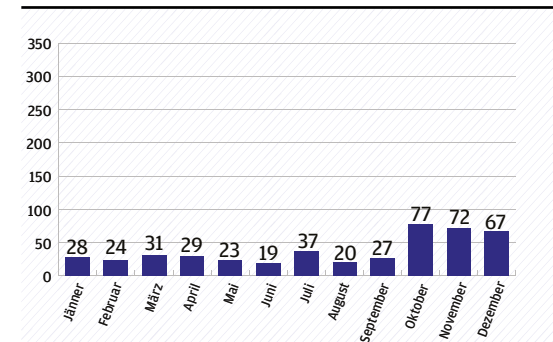


Bitte beachten Sie die unterschiedliche Skalierung der y-Achse

Österreich: gesamt 1.147 Fälle 2023



Italien: gesamt 454 Fälle 2023



8. Gastkommentar

8. 1. Was ist „Antisemitismus“? Versuch einer Definition

Gibt es Kontinuitäten des Antisemitismus von der Antike bis zur Shoah und zur Gegenwart – vom antiken Judenhass bis zum zeitgenössischen Antizionismus? Oder sind es völlig voneinander getrennte Abschnitte, da die lokalen und historischen Unterschiede zu groß sind? Gibt es zwar inhaltliche Überschneidungen zwischen beispielsweise Antijudaismus und Antisemitismus, aber existieren etwa die unterschiedlichen Spielarten der Judenfeindlichkeit nur parallel nebeneinander? Die Einteilungen der typischen Erscheinungsformen des Antisemitismus in antike Judäophobie, christlichen Antijudaismus, modernen rassistischen Antisemitismus, islamistische Judenfeindschaft und sekundärer Antisemitismus und Antizionismus mögen nützlich für die Wissenschaft sein, aber in der Realität zerfasert und zerfällt dadurch das Phänomen des „Antisemitismus“. Es gibt wichtige Differenzierungen zwischen kulturellem und rassistischem Antisemitismus, zwischen primärem und sekundärem Antisemitismus, genauso wie es aber überraschende Kontinuitäten der Phänomene des Judenhasses gibt.



Von Univ.-Prof. Mag. Dr. Klaus Davidowicz
Kulturwissenschaftler, Professor für Juda-
istik an der Universität Wien, AHS-Lehrer

So kann man bestimmte antisemitische Bilder wie den „Ritualmordvorwurf“ von der Antike bis in die Gegenwart nachweisen. Den antisemitischen Ruf „Kindermörder Israel“ kann man zur-

„Der antisemitische Ruf
„Kindermörder Israel‘ ist
letztendlich nichts anderes
als eine zeitgenössische
Variante des Ritualmord-
vorwurfes.“

zeit weltweit auf den Straßen hören, der letztendlich auch in den zahllosen Karikaturen im Internet nichts anderes als eine zeitgenössische Variante des Ritualmordvorwurfes ist. Schließlich sind der religiös begründete Antijudaismus, der völkisch-rassistische Antisemitismus oder der antizionistische Antisemitismus nur unterschiedliche Formen der gleichen Wurzel – dem Judenhass, ein Phänomen, das die gesamte jüdische Geschichte begleitet hat. So war die Shoah der bislang letzte Teil einer Vernichtung-Geschichte jüdischer Zentren, die leider bereits in der Antike begonnen hat. Verfol-

gung und drohende Auslöschung ist Teil jüdischer Erinnerungskultur. Antisemitismus ist das Symptom einer kranken Gesellschaft, er ist irrational und aufklärungsresistent. Mit dem Bild des Juden, der mit dem Teufel im Bunde steht und damit das Böse verkörpert, bedient er die religiös-affinen Anhänger und mit der Wahnidee der weltweiten Verschwörung der Juden gegen die Menschheit kann man eben jedes Problem erklären.

In der Außenperspektive wird das jüdische Purimfest oft als „Karneval“ gesehen, was es nicht ist. In der jüdischen Tradition feiert man an Purim den Sieg über den Antisemiten Haman und das vereitelte Pogrom als Fest des Überlebens. Verfolgung und drohende Auslöschung ist Teil jüdischer Erinnerungskultur seit der Antike. Daher verwundert es nicht, dass im Midrasch zu den Proverbien aus dem 11. Jahrhundert folgende Lehre zu finden ist: „Denn wenn auch alle Feste in Wegfall kommen sollten, das Purimfest wird nimmer in Wegfall kommen.“(Midrasch Mischle, übersetzt von August Wünsche. Leipzig: Schulze 1885, Kapitel 9, Vers 2: 24)

8. 2. Über die politische und religiöse Legitimation von Judenhass

Am 7. Oktober 2023 öffnete die islamistische Terrororganisation Hamas mit dem bestialischen Massenmord an der israelischen Bevölkerung nicht nur die Büchse der Pandora sondern verschärfte den Konflikt in einer krisengeschüttelten Welt zusätzlich mit der Entführung von über 200 ermordeten und lebenden Geiseln. Dieses Verbrechen an der israelischen Zivilbevölkerung stellt sich wie eine Art „erweitertes“ Selbstmordattentat dar: Die Hamas „tötet“ Israelis und „sprengt“ Gaza in die Luft. Ganz im Sinne des Großmuftis von Jerusalem⁷, einem Verbündeten der Nationalsozialisten.



Martin Votava

Von Mag. Ercan Nik Nafs,
Politikwissenschaftler

Die sozialen Netzwerke waren überfüllt von Videos und Nachrichten von Menschen, die den Massenmord an der israelischen Bevölkerung feierten und religiös oder politisch verteidigten.

In der folgenden Woche rief die Terrororganisation Hamas weltweit den Freitag zum Tag des Zorns aus. Am 11. Oktober versammelten sich wiederum auch in Wien einige hundert Demonstranten neben dem Stephansdom und riefen politisch und religiös aufgeladene judenfeindliche Parolen. In den darauffolgenden Monaten verwandelten sich einige Plätze in europäischen Städten in Orte der Judenfeindlichkeit und des Hasses auf Europa und den Westen.

Auch in Wien zeigte sich unmittelbar darauf die Schiefelage bezüglich des Nahost-Konflikts und anderer zentraler Probleme in der Region, die so bekannt ist wie auflösbar – wenn es den Willen dazu gäbe. Hinzu kamen die üblichen Zerrbilder von Täter-Opfer-Umkehr oder die Erklärung, dass Israel eine postkoloniale⁸ europäische Bedrohungskonstruktion für die arabischen Nachbarländer sei. Aber die Frage, wo die Verantwortung der palästinensischen Führung und ihrer Verbündeten ist, blieb aus. Bis jetzt! Die Botschaft dieser Gruppen war deutlich: Auch Israel könne den Massenmord an Juden nicht verhindern.

Europa sollte eine klare Botschaft im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in Europa an die Hamas und ihre Verbündeten senden. Dr. Guido Steinberg verfasste im Dezember 2023 einen beeindruckenden Vorschlag zur Haltung insgesamt und zum Umgang mit der Hamas und der Muslimbruderschaft, der jüdisches Leben in Europa nach europäischen Standards weiterhin ermöglichen soll:

*„Ferner müssen Deutschland und Europa ihr Verhältnis zur Muslimbruderschaft überdenken. In der deutschen und europäischen Außenpolitik der Jahre nach 2011 gab es einen Trend, die Bruderschaft als **akzeptable Alternative zu den autoritären Regimen** der arabischen Welt anzusehen. Doch eine Bewegung, in der die Sympathie für den Hamas-Terrorismus besonders weit verbreitet ist, darf nicht als Alternative gefördert werden. [...] Ein möglicher erster Schritt wäre aber, die **Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden häufiger in die Politik einfließen** zu lassen. Bisher ist es noch allzu oft so, dass Organisationen, die den Verfassungsschutzämtern als Teile der Muslimbruderschaft gelten, trotzdem Partner der Politik sein können. **Stattdessen sollten Bund und Länder die Verbindungen zu islamistischen Verbänden und Organisationen kappen**. Eine solche Isolierung könnte dazu beitragen, dass diese an Bedeutung verlieren.“⁹*

7 Küntzel, Matthias; 2019, Nazis und der Nahe Osten, Hentrich&Hentrich; S. 70-101

8 <https://www.nzz.ch/feuilleton/edward-w-said-der-ideologe-des-palaestinenischen-terrors-ld.1766658>

9 <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-muslimbruderschaft-und-die-hamas>, eingesehen am 4.3.24

www.antisemitismus-meldestelle.at